



Pressemitteilung

Nürnberg, 18.04.2012
PM 043 -12/LFGS
Landwirtschaft

Spekulation auf Lebensmittel und Landnahme für Biosprit beenden

Mariann Bassegy aus Nigeria, Sprecherin von Friends of the Earth, dem internationalen Umweltnetzwerk des BUND, am 23. April zu Gast in Nürnberg

Bund Naturschutz fordert politische Weichenstellung für eine nationale Eiweißstrategie und Stopp für E10.

Die Nigerianerin Mariann Bassegy klagte bereits im Januar auf der Berliner Agrar-Demo gegen Agrarindustrie die Politik an, die schrankenlosen Spekulationen auf Lebensmittel erst möglich gemacht zu haben, und damit für den Landraub für Futtermittel und Agrosprit in den Ländern des Südens verantwortlich zu sein. Dies alles treibe die Lebensmittelpreise hoch und schließe Hungernde vom Zugang zu fruchtbarem Land und zu Lebensmitteln aus.

Am 23. April 2012, 19:30 Uhr, wird sie in Nürnberg im Eckstein (Burgstraße 1, beim alten Rathaus) über Landraub in ihrer afrikanischen Heimat berichten. Ab 19.00 Uhr steht sie im Eckstein für Presseinterviews zur Verfügung.

„E10 liefert keinen Beitrag für den Klimaschutz und ist in Bezug auf den Umweltschutz eine Mogelpackung und ein Fall von Verbrauchertäuschung. Denn die Ethanolproduktion aus Weizen, Zuckerrüben oder Mais beansprucht wertvollen landwirtschaftlichen Boden, auf dem Getreide und Pflanzen zur Ernährung wachsen könnte und kann im Vergleich zu herkömmlichem Kraftstoff insgesamt sogar höhere Kohlendioxid-Emissionen verursachen“, **so Günter Raß, BN Kreisvorsitzender aus Nürnberg**, und weiter: „Agrosprit ist aus Umweltsicht nicht besser als herkömmliches Benzin. Den Autoherstellern und der Bundesregierung bietet die Einführung von "E10" nur ein Alibi, sich von der schnellen Entwicklung sparsamerer Fahrzeuge zu verabschieden.“

Der Bund Naturschutz setzt sich in Bayern gemeinsam mit 13 Verbraucher-, Bauern-, Umwelt und entwicklungspolitischen Organisationen **im Agrarbündnis Bayern** für eine andere Agrarpolitik ein. Ziel ist, bäuerliche Landwirtschaft in allen Teilen der Welt zu ermöglichen und dabei Boden, Wasser und Artenvielfalt zu erhalten. „Ernährungssouveränität sichern bedeutet z.B. für Bayern, die Fleisch- und Milcherzeugung an die landeseigene Futterfläche anzupassen, statt Eiweißfutter-

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

mittel in Form von gentechnisch verändertem Soja in großem Stil zu importieren“, **so Marion Ruppaner, BN Landwirtschaftsreferentin**. Bereits jetzt würden rund 35 Millionen Hektar Ackerland in Entwicklungs- und Schwellenländern für die Länder der Europäischen Union genutzt, um die Nachfrage nach Futtermitteln und einem wachsenden Anteil an Agrarsprit zu decken. Das Anlegen von Großplantagen zur Produktion von Energiepflanzen gehe außerdem mit dem sogenannten "landgrabbing" einher. Dieser "Landraub" von Flächen in Entwicklungsländern durch ausländische Großinvestoren zerstöre die dortigen bäuerlichen Agrarstrukturen. Der Energiepflanzen-Anbau in Monokulturen führe außerdem zum Einsatz von mehr Düngemitteln und Pestiziden. Die Folgen seien zunehmende Schadstoffbelastungen von Gewässern, höhere Lachgasemissionen und das Aussterben seltener Pflanzen und Tiere.

Eine aktuelle Studie der OECD (zitiert von FIAN – siehe unten) beziffert das Gesamtvolumen der Investitionen in Ackerland und landwirtschaftliche Infrastruktur auf 10 bis 25 Milliarden US-Dollar. Der Studie zufolge soll sich dieses Volumen in den nächsten Jahren verdoppeln bis verdreifachen. 44 Prozent aller Fonds in diesem Bereich stammten aus Europa.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk) hat in ihrer jüngsten Veröffentlichung aufgezeigt, „dass Anlagefonds fast ausschließlich in den letzten vier Jahren aufgelegt wurden und die Fondsmanager der Deutschen Bank Gruppe, die DWS, dabei eine Vorreiterrolle spielten. So wurden 3,5 Milliarden Euro der gesamten 5,3 Milliarden Euro durch DWS-Fonds investiert. Im Fall von DWS stellt die Studie fest, dass 279 Millionen Euro in Firmen investiert wurden, welche direkt Agrarland akquirieren (kaufen oder pachten). Diese Firmen hielten laut FIAN aktuell wenigsten 3 Millionen Hektar Land in Südamerika, Afrika und Südostasien. Diese Fonds und Anlagemöglichkeiten würden dann der deutschen Öffentlichkeit angeboten, ohne dass wirklich klar ist, was diese Investitionen für die lokale Bevölkerung vor Ort, im globalen Süden, bedeutet. Es ist sogar möglich, dass selbst die Anbieter dieser Fonds nicht genau wissen, was ihre Investitionen vor Ort anrichten. Es ist zwingend notwendig, dass sich Anleger informiert entscheiden können über die Art und mögliche negative Effekte ihrer Geldanlagen. In diesem Sinne soll die Studie einen Beitrag zu einer breiteren Information deutscher Klein- und Großanleger leisten.“

(<http://www.fian.org/resources/documents/others/german-investment-funds-involved-in-land-grabbing/pdf>)

Für Rückfragen und Absprache von Interviewterminen:

Andre Winkl

BN Kreisgruppe Nürnberg

Tel. 0911- 45 76 06

Marion Ruppaner

Landwirtschaftsreferentin

BN Landesfachgeschäftsstelle

Tel. 0911/81 87 8-20